

P/XVII/145

Bonn, den 2. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- 1a

Bewährungsprobe

87

Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden

2

"Politische Götzen"

19

Wem der Stiefel paßt, der ziehe ihn an ...

2

... und immer wieder Oberländer

30

Faulstichler um das Mandat für 1965

3

AFRIKANISCHES TAGEBUCH (IV)

39

Die Situation in Portugiesisch-Guinea  
 Amílcar Cabral - zukünftiger Ministerpräsident ?  
 Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

4 - 6

"So ihr nur wollt, wird es kein Märchen sein!"

150

Bericht über eine Israelreise

Von Martin Hirsch, MdB

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bewährungsprobe

Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden

G.M. - Der Bonner Korrespondent einer großen westdeutschen Zeitung beginnt dieser Tage seinen Leitartikel mit den Worten:

\* "Zwischen Hoffen und Bangen schwanken die Geister in  
\* diesem Sommer in Bonn."

Damit sollte wohl angedeutet werden, daß die Bundesregierung im Augenblick nicht weiß, wie sie sich zu der neuen Entwicklung der internationalen Politik und besonders zu der Frage stellen soll, was geschehen könnte, wenn die "DDR" durch den Beitritt zum Moskauer Atomteststopp-Abkommen international aufgewertet wird. Die Bundesregierung kann mit Recht darauf verweisen, daß die Bundesrepublik schon vor Jahren feierlich auf die Herstellung und Verwendung von nuklearen, bakteriologischen und chemischen Waffen verzichtet hat; es würde also formal kaum ein Anlaß bestehen, erneut eine solche Verpflichtung durch den Beitritt zu einem Abkommen zu bestätigen.

In der gegenwärtigen Weltsituation wird Politik jedoch nicht nur mit Formalitäten gemacht, sondern auch mit psychologischen Faktoren, denen selbst eine Bundesregierung nicht ausweichen kann. Wenn sich, mit Ausnahme Frankreichs, alle Verbündeten der Bundesrepublik mit dem Moskauer Abkommen einverstanden erklären und dies auch zu unterzeichnen bereit sind, würde eine Weigerung des offiziellen Bonn zweifellos als Störfeuer betrachtet werden.

Nun haben inzwischen Präsident Kennedy und die britische Regierung erklärt, der Beitritt Pankows zum Moskauer Abkommen bedeute **n i c h t** die Anerkennung des Ulbricht-Regimes und der "DDR" durch die USA und Großbritannien. Eine solche Erklärung, die übrigens lediglich eine Wiederholung bereits früher abgegebener Versicherungen ist, sollte genügen, um die schwankenden Geister in Bonn wieder in ein angemessenes Gleichgewicht zu bringen.

\* \* \*

Das ist aber zunächst nur die erste Runde, die wir in dieser Situation zu bestehen haben. Die eigentliche Bewährungsprobe kommt erst noch. Denn wenn die Großen dieser Welt sich tatsächlich dazu durchringen können, eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West einzuleiten, werden wir unmittelbar davon berührt. Die deutsche Frage und das Berlinproblem sind ein Teil und eine Funktion des politischen Geschehens der vergangenen Jahre. Da niemand die Wahrheit des Wortes zu bestreiten wagt, daß die Fortsetzung des Kalten Krieges unsere nationalen Probleme nicht erleichtert, daß umgekehrt jedoch eine tatsächliche Entspannung sie ihrer Lösung näher bringen könnte, werden wir in keinem Fall abseits stehen bleiben dürfen. Wir können es uns einfach nicht erlauben, so zu tun, als gingen uns die großen Veränderungen in der Weltpolitik nichts an.

\* \* \*

2. August 1963

Um die richtige Ausgangsposition für die kommende Runde zu finden, und um früher gemachte Fehler nicht zu wiederholen, müssen wir an einige Daten der jüngsten deutschen Geschichte erinnern.

Am 30. Juni 1960 hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Lehner im Bundestag die Regierung und die sie tragenden Parteien aufgefordert, ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zu entwickeln, um in Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte unseres Volkes die Lösung der deutschen Probleme vorbereiten zu helfen. Schon damals zeichneten sich Anstöße zur Neuformierung der internationalen Politik ab.

Die Antwort der Regierung Adenauer, der CDU/CSU und der FDP war ein unüberhörbares NEIN.

In den Tagen nach Errichtung der Schandmauer in Berlin am 13. August 1961 hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Angebot zur Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte mit dem Hinweis darauf erneuert, daß nur der geschlossene Wille unseres Volkes zur Behauptung seiner nationalen Interessen imstande sei, kommende Bewährungsproben zu bestehen.

Die Antwort war wieder NEIN. Bedauerlicherweise hat man seinerzeit sogar in völliger Verkennung der Situation das erneute Angebot der SPD zur Gemeinsamkeit als ein "Einschwenken der Opposition auf die Politik Adenauers" charakterisiert.

Als schließlich im Spätherbst 1962 die ganze Bundesregierung nach dem Strauß-Skandal - mit Ausnahme von Dr. Adenauer - zurückgetreten war, große innenpolitische, aber auch aussenpolitische Probleme ihrer Lösung harter, fanden sich endlich in der CDU/CSU einige Politiker bereit, ihre parteipolitischen Interessen in den Hintergrund, die gesamtdeutschen Interessen jedoch in den Vordergrund zu stellen. Es ist kein Geheimnis, daß damals auch der Bundespräsident zur Bewältigung der vor ihm liegenden nationalen und internationalen Aufgaben der Bildung einer großen Koalition, zusammengesetzt aus den drei Parteien des Bundestages, nicht abgeneigt war.

Die Gruppe derjenigen CDU-Politiker, die diesen Weg mit der Sozialdemokratie gemeinsam gehen wollte, konnte sich nicht durchsetzen. Alles blieb beim alten, die meisten Personen der Führungspitze und auch die Politik selbst.

\* \* \*

Die weltpolitischen Veränderungen, ihre Konsequenzen auch für die Situation der Bundesrepublik im Spiel der internationalen Kräfte stellen die Bundesregierung erneut vor eine Bewährungsprobe. Sie wird diese nur bestehen können, wenn sie zunächst einmal in den Reihen der sie tragenden Parteien dafür sorgt, daß die dort herrschenden Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden. Die durch Koalitionskrisen und Nachfolgesorgen entstandene Immobilität und Unsicherheit des offiziellen Bonn ist gerade jetzt eine der schwersten Belastungen für die Wahrung der nationalen Interessen unseres Volkes. Darüber hinaus werden wir a l l e aber nur bestehen, wenn Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

+ + +

"Politische Götzen"

sp - Berlins Kultursenator Adolf Arndt hat - sicher ungewollt - auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund einen Wirbel ausgelöst, als er erklärte:

"Unsere typisch deutsche Anfälligkeit ist, uns Götzen zu machen. Wir suchen uns dann Vorkämpfer, die möglichst übergroß, herrisch, selbstgerecht, abgefeimt oder auch bullig sind, denen wir jede Mißachtung der Wahrheit nachsehen und deren Hemmungslosigkeit wir bejubeln."

Einige Leute scheinen sich von dieser Bemerkung getroffen gefühlt zu haben, denn Adolf Arndt sah sich nunmehr veranlaßt, seine Dortmunder Erklärung zu erläutern. Er habe keinen bestimmten Politiker gemeint, sagte Adolf Arndt, er habe auch nicht die Politiker im allgemeinen kritisiert. Ihm sei es darauf ungekommen, vor der deutschen Anfälligkeit zu warnen, sich politische Götzen zu machen, bei denen man sich Eigenschaften wünsche, die man bei sich selbst ablehnen würde - Es ist doch wahr, daß sich trotz vieler aufregender Ereignisse immer mal jemand auf den Schlipf getreten fühlt und sogar den Stiefel anzieht, von dem er glaubt, daß er ihm paßt ...

\* \* \*

... und immer wieder Oberländer

Tausichen um das Mandat für 1965

sp - Der von Adenauer entlassene ehemalige Bundesvertriebenenminister, Professor Oberländer, will auch in der nächsten Legislaturperiode CDU-Bundstagsabgeordneter bleiben. Das jetzt gegen ihn abgeschossene und aus der eigenen Partei kommende Feuerwerk des Hamburger stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungen Union, Jürgen Lehternach, hat eine Vorgeschichte. In Niedersachsen, wo Oberländer über die Landesliste nach dem Tode seines Listenvorgängers in den Bundestag gelangt war, sammeln die Oberländer-Freunde Unterschriften, um dessen Kandidatur für 1965 sicherzustellen. Da gefürchtet wird, daß nicht genügend Unterschriften zusammenkommen, um eine "Bewegung" für Oberländer zustande zu bringen, hat sich der wendige Professor auch in Hamburg ungesehen. Dort aber will der junge Nachwuchs der Union selbst zum Zuge kommen und schießt nun aus allen Rohren auf den niedersächsischen Eindringling. Bei der Parteizentrale in Bonn kühlt man sich zunächst in Schweigen. Über das Auswärtige Amt weiß man nur so gut, was die deutschen im befreundeten Ausland akkreditierten Botschafter berichtet haben, als Oberländer ohne den kompakten Protest der CDU wieder in das Bonner Parlament eingedrückt war.

Uns geht die ganze Geschichte insofern etwas an, als der Bundestag und damit die deutsche Demokratie befürchten müssen, durch einen Bundstagsabgeordneten Oberländer insgesamt kompromittiert zu werden. Es bleibt also Aufgabe der CDU, Herrn Oberländer begreiflich zu machen, wo er hingehört. Auf keinen Fall in den Bundestag !

\* \* \*

AFRIKANISCHES TAGEBUCH (IV)

Die Situation in Portugiesisch-Guinea

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Conakry, Anfang August 1963

Amilcar Cabral ist der verantwortliche Leiter der Unabhängigkeitsbewegung für portugiesisch Guinea. Er hat seinen Sitz in Conakry, der Hauptstadt der Republik Guinea, und findet hier selbstverständlich die volle Unterstützung des Präsidenten Sékou Touré und seiner Regierung. Aber auch in Dakar gibt es einen Sitz mit der entsprechenden Unterstützung des Senegal. Amilcar Cabral ist 38 Jahre alt und hat seine Ausbildung als Agraringenieur in Lissabon erhalten. Amilcar Cabral ist kein politischer Romantiker. Er möchte die Unabhängigkeit seines Landes gern auf dem Verhandlungswege mit Portugal erreichen. Militärische Auseinandersetzungen sind ihm eigentlich zuwider. Aber Portugal ist zu seinen Verhandlungen bereit. Und so hat auch in portugiesisch Guinea der Kolonialkrieg begonnen.

In Portugiesisch-Guinea leben etwa 600.000 Menschen, davon etwa 100.000 Portugiesen. Die Portugiesen sind vorwiegend in der Kolonialverwaltung und im Handel tätig. Im Gegensatz zu Angola und Mocambique gibt es kaum eine portugiesische Landwirtschaft, so daß hier die Voraussetzungen für die Unabhängigkeit günstiger gelagert sind. Auch ist hier ein größerer Prozentsatz der Eingeborenenbevölkerung an der Verwaltung des Landes beteiligt als in anderen portugiesischen Kolonien.

Die 15.000 portugiesischen Soldaten werden die Unabhängigkeit des Landes nicht aufhalten. Nicht unbedeutende Teile des Landes werden schon von der Unabhängigkeitsbewegung des Landes kontrolliert. Portugiesische Frauen und Kinder haben das Land zum Teil schon verlassen. Die Konferenz von Addis Abeba wird ein besser koordiniertes Vorgehen aller afrikanischen Staaten gegen die portugiesische Kolonialpolitik zur Folge haben. Aber auch die verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Angola, Mocambique und Portugiesisch-Guinea werden ihre Initiativen besser koordinieren.

Ich glaube, daß auf Grund der besonderen Umstände Portugiesisch-Guinea von allen afrikanischen Kolonien Portugals am ehesten die Unabhängigkeit erreichen wird. Amilcar Cabral will sein Land dann nicht in die Republik Guinea von Sékou Touré einbeziehen. Er glaubt, daß insbesondere die sehr lange portugiesische Kolonialzeit dem Lande doch ein besonderes Gesicht gegeben hat. Nach seiner Meinung soll portugiesisch Guinea nach der Unabhängigkeit in Rahmen einer gesamt-afrikanischen Politik einen eigenen Status erhalten.

Amilcar Cabral wird sicher bald der Ministerpräsident eines neuen unabhängigen afrikanischen Landes sein. Sein Name ist in Europa noch nicht sehr bekannt. Bald werden wir mehr von ihm hören.

+ + +

"So ihr nur wollt, wird es kein Märchen sein!"

### Bericht über eine Israelreise

Von Martin Hirsch, MdB

Auf Einladung der israelischen Regierung bin ich zusammen mit meiner Frau von Ende April bis Mitte Mai in Israel gewesen. Wir haben dieses alte und gleichzeitig so junge Land, mit seinen geographischen und militärisch so unmöglichen Grenzen, kreuz und quer bereist und dabei über 4.000 km zurückgelegt, was dort gar nicht so einfach ist, denn Israel mißt von Norden nach Süden etwa 350 km, von Osten nach Westen an seiner engsten Stelle, etwas nördlich von Jerusalem und in der Höhe von Tel Aviv sogar nur kaum 25 km. Es ist also flächensmäßig ein sehr kleines Land, mit einer Einwohnerzahl, die geringer ist als die von Westberlin (2,2 Millionen!), aber ein Land, dessen wirtschaftliche Bedeutung, kolonialisatorische Leistung und militärische Stärke, die alle anderen Länder des vorderen Orients bei weitem übertrifft, obgleich dieses Land Israel gerade erst 15 Jahre alt geworden ist.

#### Weisheit und Vernunft

Die soziologische Struktur Israels ist wohl einmalig auf dieser Erde. In das Land sind ja nicht nur europäische Juden eingewandert, die zum größten Teil mit ihren in der Jugend erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten in Israel nichts anfangen konnten, sondern jedenfalls zunächst als Bauern, Straßenbauarbeiter usw. tätig sein mußten, sondern vor allem in den Jahren nach den Befreiungskriegen die jüdischen Minoritäten aus Nordafrika, Vorderasien, dem Jemen und sogar aus Indien. Fast zwei Drittel der derzeitigen Bevölkerung Israels stammen aus solchen orientalischen Ländern.

Viele der Einwanderer waren in ihrer zivilisatorischen Entwicklung um Hunderte von Jahren zurück. Sie haben in ihrer Heimat in Erdhöhlen gewohnt, wußten nicht was ein Bett ist, geschweige denn, daß sie elektrisches Licht und die sonstigen Errungenschaften der modernen Technik gekannt haben. Sie sprachen die verschiedensten Sprachen bzw. sie kamen aus den verschiedensten Sprachgebieten und entstammten, ganz anders wie die meisten der europäischen Einwanderer, dem Proletariat ihrer Heimatländer.

Die Israelis lösen diese Probleme mit sehr viel Weisheit, Vernunft und Organisations Talent.

Es ist ihnen gelungen, allen Neueinwanderern ein bindendes Element durch eine gemeinsame Sprache zu geben, das "Hebräisch", die Sprache des alten Testaments, die schon zur Zeit Christi, der ja aramäisch gesprochen hat, keine lebendige Sprache mehr gewesen ist.

#### Mischung von Privat- und Planwirtschaft

Die wirtschaftliche Leistung des neuen Israel ist gewaltig. Man hat dort nicht nur in wenigen Jahren aus dem unter den Türken völlig vernachlässigten und verkommenen, verkarsteten Boden und aus der Wüste wieder ein Land gemacht, in dem "Milch und Honig fließen", sondern man hat auch neue Städte gegründet, die zum kulturellen Mittelpunkt eines Landes geworden sind: Tel Aviv ist heute mit seinen Vororten eine Millionen-Stadt voll pulsierendem Leben, mit starkem Verkehr, mit sehr vielen geistig interessierten Menschen, mit schönen Theatern, Konzertsälen usw. Die Wüstenstadt Bershheba, vor zehn Jahren noch eine Oase mit wenig-

gen, kümmerlichen Arabernütten, ist jetzt größer als Hof. Dillat am Roten Meer ist eine neue Hafenstadt, buchstäblich aus dem Boden geschossen, wo vor zehn Jahren kaum drei zerfallene Nütten standen.

Die Israelis haben aber nicht nur ihren Boden bewässert und kultiviert, Städte gegründet und gebaut, sondern auch eine Industriewirtschaft entwickelt und sind in Begriff, ein moderner Industriestaat zu werden. Sie produzieren hochwertige Textilwaren, Autoreifen, Chemikalien usw. und bauen sogar zur Zeit eine eigene Automobilproduktion, d.h. eigene Automobilfabriken auf. Auf den Spuren König Salomos werden neue Bodenschätze gefunden oder wieder entdeckt, wie z.B. am Toten Meer, in den großen Kavernen in der Wüste Negev, oder in der Nähe der uralten Kupferminen König Salomos im äußersten Süden des Landes.

Die Wirtschaft ist eine interessante Mischung von Privatinitiative und Planwirtschaft. Der Staat plant neue Städte, neue Häfen, neue Industriegebiete. Er sorgt für die Errichtung der für eine Erschließung erforderlichen Straßenversorgungsleitungen usw., bemüht sich um ausländisches Kapital und steckt die grundsätzlichen Richtlinien für die Zukunft ab. Private Initiative ist der ergänzende Motor in allen Einzelheiten.

Interessant ist die besondere Rolle der israelischen Gewerkschaft, der Histaroth, denn sie ist nicht nur Vertreterin der Arbeitnehmer im eigentlichen Sinne, sondern auch die Trägerin der israelischen Krankenkasse und beherrscht mit ihrem Kapital einen nicht unerheblichen Teil der israelischen Wirtschaft d.h., sie ist in vielfacher Hinsicht Arbeitnehmervertreter und Arbeitgeber zugleich. Die Finanzpolitik Israels steht vor schweren Problemen. Der Aufbau des Landes verschlingt ungeheure Beträge. Sie können nur aufgebracht werden, einmal durch ausländische Spenden, die insbesondere aus den USA in das Land fließen, zum anderen durch eine sehr rigorose Steuerepolitik, die insbesondere alle Dinge, die nicht zum notwendigen Lebensbedarf gehören, sehr hoch besteuert. Dazu kommen hohe Einfuhrzölle. Alle diese Maßnahmen führen dazu, daß z.B. ein Kraftwagen in Israel fast das Doppelte kostet, wie in Deutschland.

Eine große Rolle für den Aufbau des Landes haben auch die deutschen Wiedergutmachungsleistungen gespielt, die, was das Dreimilliarden-Abkommen mit dem Staate Israel selbst anbetrifft, im wesentlichen in der Form von Sachlieferungen, wie Schiffen, Maschinen, Lokomotiven usw. getätigt worden sind und eine besonders wirksame "Spritze" für den Beginn des industriellen Aufbaues Israels dargestellt haben.

Dazu kommt aber eine für unsere Verhältnisse ungewöhnliche Sparpolitik des Staates, vor allem bei seinen Personalausgaben. Minister, hohe Beamte usw. beziehen Gehälter, die kaum die Hälfte der entsprechenden Bezüge in Deutschland ausmachen. Die besondere finanzielle Situation des Landes bedingt aber natürlich einen ständigen inflationären Druck auf die Währung. Die Preise sind in den letzten Jahren stark angestiegen, der internationale Wert des israelischen Pfunds entsprechend gefallen. Es sieht aber so aus, als ob die Bemühungen der Israelregierung, diese Entwicklung aufzuhalten, in der letzten Zeit Erfolg gehabt haben.

In kultureller Hinsicht ist der Standard Israels erstaunlich hoch. Es gibt gute Schulen, großartige moderne Hochschulen, Theater und Konzerte, die jeden Vergleich in der Welt aushalten, Museen, Ausstellungen jeder Art, Forschungsinstitute, wie das Weizmann-Institut in Reshovot, die wesentlichen Beiträge für die Entwicklung der Wissenschaft leisten.

Verteidigung groß beschrieben

Ein wesentlicher Erziehungsfaktor ist das Militär, das in Israel wirklich im wahrsten Sinne des Wortes zu einer "Schule der Nation" geworden ist. Israelische Männer haben eine aktive Wehrdienstzeit von zweieinhalb Jahren, die Mädchen von zwei Jahren. Die Männer müssen aber darüber hin-

aus jedes Jahr bis zur Erreichung des 50. Lebensjahres eine Wehrübung ableisten, wie auch die Mädchen bis zu ihrer Verheiratung. Ich habe niemanden getroffen, der den Wehrdienst kritisiert hätte. Die Israelis wissen, daß sie, versehen mit einer militärisch unmöglichen Grenze, von Feinden umgeben sind. Israel ist für die meisten seiner Bewohner, die Unsägliches erlitten haben, die letzte Zuflucht auf dieser Welt. Sie werden diese Zuflucht mit allen Mitteln verteidigen. Sie wissen aber, daß es viel vernünftiger wäre, mit den arabischen Nachbarstaaten zu einem Modus vivendi zu gelangen. Gerade wir Deutschen müssen aber die Empörung der Israelis über die deutsche Raketenforschung, Ingenieure usw., die für die ägyptische Aufrüstung arbeiten, verstehen. Denn ägyptische Raketenwaffen könnten alles, was in Israel aufgebaut worden ist, in wenigen Minuten vernichten, sofern ein großwahnsinniger Fanatiker sich ihrer bedienen würde.

### Die Führungskräfte

Die besondere Situation Israels hat dazu geführt, daß die Elite der Nation auch die Führung von Heer, Luftwaffe und Marine stellt. Sehr viele Generale sind eigentlich Universitätsprofessoren, Gelehrte, Wissenschaftler usw. Nicht wenige von ihnen stammen aber auch aus einem Kibbuz. Das für mich entscheidende Erlebnis einer Israelreise ist jedoch die Jugend Israels. Sie widerlegt in jeder Hinsicht alle Rassentheorien und alle Vorstellungen, die auch heute noch manche Menschen in Europa oder sonstwo in der Welt von "Juden" haben.

Den Mangel an Menschen versucht man zu begegnen, indem fast jede Frau berufstätig ist, was auch für die Frauen der Minister, höheren Beamten usw. gilt, und indem man sich vor allem bemüht, den noch recht zahlreichen Juden in den Ostblockstaaten die Auswanderung nach Israel zu ermöglichen. Heute noch wandern etwa 30.000 bis 40.000 Menschen jährlich nach Israel ein. Man ist heute dort in der Lage, fast jedem Neueinwanderer, wenn er das Einwanderungsschiff verläßt, eine moderne, schöne Wohnung anzubieten, wie auch einen Arbeitsplatz, der seinen Fähigkeiten entspricht.

### Das Werk der europäischen Sozialisten

Die Juden sind eines der ältesten Völker dieser Erde, ihr Staat Israel einer der jüngsten. Israel liegt zwar im Orient (geographisch), ist aber seiner Struktur, Bevölkerung, Zivilisation und seiner Kultur nach, ein in jeder Hinsicht europäischer Staat.

Die Überschrift, die ich diesem Bericht gegeben habe, stammt aus einem Buch Theodor Herzls, des geistigen Schöpfers des modernen Zionismus, d.h. der Bewegung, die sich zu Beginn dieses Jahrhunderts die Schaffung einer "jüdischen Heimstätte", d.h. eines neuen jüdischen Staates in Palästina zur Aufgabe gemacht hat. Diese Worte Theodor Herzls werden durch das, was heute Israel darstellt, grandios bestätigt.

Wir deutschen Sozialdemokraten können aber stolz darauf sein, daß es im wesentlichen europäische Sozialisten gewesen sind, die aus Israel das gemacht haben, was es heute darstellt und die es heute führen.